




Urheberkongress: Urheberrecht muss aufgewertet werden

Urheberkongress: Urheberrecht muss aufgewertet werden
Berlin, 6.09.2013 - Um die Frage nach der Selbstbestimmung im Netz geht es heute beim Urheberkongress in der Bundesverwaltung von ver.di in Berlin, zu dem die Initiative Urheberrecht gemeinsam mit iRights Lab eingeladen hatte. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind gekommen, um den Referaten zu folgen und Lösungsansätze zur Weiterentwicklung des Urheberrechts zu diskutieren. Die Veranstaltung kann im Livestream verfolgt werden (urheberkongress2013.de). Nach der Eröffnung durch Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Sprecher der Initiative Urheberrecht, der zum ausdrücklich Handeln aufforderte, sagte Philipp Otto (iRights.Lab), dass das Urheberrecht in der kommenden Legislaturperiode in den politischen Fokus gerückt und modernisiert werden muss. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, betonte, dass die Frage entscheidend sei, "Wie kommen wir zu einem Urheberrecht, das sich nicht an der digitalen Alltagswirklichkeit sinnlos aufreibt?" Klar sei: "Für eine neue Zeit brauchen wir ein neues Denken."
Helga Trüpel, MEP, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung, betonte in ihrer Rede über europäische Aktivitäten und Perspektiven, dass sich die Europäische Kommission und das Parlament in der kommenden Legislaturperiode eingehend mit der Reform des Urheberrechts beschäftigen müssten. Es gehe um die gerechte Vergütung für Kreative. Ein funktionierendes Modell sei dafür noch nicht gefunden. Auch innerhalb der Europäischen Kommission gebe es heftigen Zwist. Generelles Ziel auch von Kommissar Barnier sei es, Hindernisse abzubauen.
Prof. Dr. Karl-Nikolaus Pfeifer (Deutsches und Europäisches Handelsrecht, Universität Köln) plädierte dafür, das bisherige System der Zulassung von Privatkopien gegen pauschale Vergütungen für die Urheber auf die internetbasierten privaten Nutzungen zu übertragen.
Eine Fair Use Regelung wie im amerikanischen Recht sei zwar politisch möglich, aber für die Urheber nicht die beste Lösung.
Verantwortlich Prof. Dr. Gerhard Pfennig und Philipp Otto
DJV - Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Eva Werner
Bei Rückfragen: Tel. 030/72 62 79 20, Fax 030/726 27 92 13


Pressekontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), 1949 gegründet, vertritt die berufs- und medienpolitischen Ziele und Forderungen der hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aller Medien. Er ist politisch wie finanziell unabhängig und handelt ohne sachfremde Rücksichtnahmen. Der DJV achtet und fördert die publizistische Unabhängigkeit seiner Mitglieder. In seiner Kombination aus Gewerkschaft und Berufsverband befindet er sich auf deutlichem Erfolgskurs. Die Entwicklung der Mitgliedszahlen belegt dies: Allein in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Mitglieder von 16.592 (12/88) auf 36.150 (5/00). Dies ist nicht zuletzt auf das umfangreiche Leistungspaket des DJV zurückzuführen: Tarife: Der DJV schließt als Tarifpartei seit 1950 in allen Medien Tarifverträge und überwacht deren Einhaltung. Rechtsschutz: Der DJV und seine Landesverbände beraten in beruflichen Konfliktfällen und bieten freien wie angestellten Journalistinnen und Journalisten Rechtsschutz, vor allem bei arbeits-, steuer- oder urheberrechtlichen Angelegenheiten. Beratung: Der DJV berät und informiert seine Mitglieder beim Abschluss von (Arbeits-)Verträgen, in Ausbildungs- und in Steuerfragen.